

ausgehen wird. Da sich die soziale Stellung der Frau in Québec stark verbessert hat und Christen dabei eine beachtliche Rolle spielen (bischofliche Erklärungen, Ernennungen von diözesanen Frauenbeauftragten), können die vom gegenwärtigen Papst und von der Kurie bekräftigten Positionen nur irritieren. Dazu gehört auch, wenn auch längst nicht ausschließlich, die Frage der Frauenordination. Auf diesem Hintergrund wurde viel Kritik an der Seligsprechung von Schwester Marie-Léonie, der Gründerin einer Gemeinschaft von Pfarrhaußhalterinnen, laut, die der Papst in Montréal vornehmen wird. In jedem Fall bereiten sich zahlreiche in den katholischen Organisationen aktive Frauen darauf vor, in das kirchliche Amt einzurücken. Die Tatsache, daß mehrere nichtkatholische Kirchen in Kanada in dieser Hinsicht eine Vorreiterrolle gespielt haben (Anglikanische Kirche, Vereinigte Kirche),

gibt der Bewegung zusätzlichen Auftrieb. Und es ist gut, daß sie vom größten Teil der Männer befürwortet wird. Im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Engagement der kanadischen Kirchen muß noch kurz erwähnt werden, daß Kanada *keine christliche Partei* hat (sei es eine christlichdemokratische oder eine andere) und auch keine haben möchte. Bemerkenswert ist das Engagement der kanadischen Kirche für die *Dritte Welt*: Es entstehen immer mehr Laienorganisationen im Dienst der christlichen Hilfe für die Dritte Welt; sie treten an die Stelle der missionarischen Ordensgemeinschaften, deren Mitgliederzahlen zurückgehen. Das weltweite christliche Engagement, für das nicht zuletzt auch der Kanadische Kirchenrat und seine interkonfessionellen Projekte stehen, macht die missionarische Leistung Kanadas von morgen aus.

Julien Harvey

Kurzinformationen

In den Audienzansprachen dieses Sommers beschäftigte sich Johannes Paul II. fast ausschließlich mit dem Thema Sexualität – Liebe – Ehe. Übergreifender Zweck dieser Audienzansprachen – die ihrer Aussagesubstanz nach wohl im wesentlichen aus dem vom gegenwärtigen Papst an der Lateranuniversität gegründeten Instituts Pauls VI. über Familienfragen kamen – war die *Verteidigung und Begründung der Lehre von „Humanae vitae“*. Die Audienzansprachen nahmen dabei den Charakter kurzer moraltheologischer Vorlesungen an. Und die Kernaussagen der Empfängnisregelungszyklika Pauls VI. wurden mit einer Systematik und Gründlichkeit herausgearbeitet, wie man sie bei den schon bisher zahlreichen Papstansprachen zu diesem Thema noch nicht gewohnt war (vgl. auch ds. Heft, S. 396). Zugrunde legt der Papst seinen Ausführungen eine ontologisch-personalistisch begründete „Theologie des Körpers“, die weniger Theorie, als mehr noch eine „spezifische, evangelische und christliche Pädagogik des Körpers“ sei (Audienzansprache 8. 8. 84). Es gelte, die „Sprache des Körpers“, verstanden als von der Sexualität bestimmte Körperlichkeit, „in ihrer Wahrheit wiederzulesen“. Und die innere ontologische (strukturelle) Einheit und Untrennbarkeit des Einigungssinnes und des Zeugungssinnes des ehelichen Aktes neu zu verstehen und zur Grundlage ehelichen Verhaltens zu machen. Wegen dieser Untrennbarkeit der beiden Sinngehalte (aus ontologischen, nicht bloß biologischen Gründen) sei – ein hinreichender Grund vorausgesetzt – empfängnisverhütendes Verhalten nach der Zeitwahl, weil „natürlich“ und „positiv“, moralisch zulässig, während die Anwendung antikonzeptioneller Mittel – auch bei Vorhandensein eines berechtigten Motivs – unerlaubt bleibe (Audienzansprachen vom 11. 7. und 2. 8. 84). Der Papst setzte sich im Rahmen seiner Audienzansprachen auch mit der Frage der biblischen Begründbarkeit der Lehre von „Humanae vitae“ auseinander. Diese sei zwar – so in der Audienzansprache vom 18. 7. – nicht wörtlich in der Heiligen Schrift enthalten, aber aufgrund der Tatsache, daß sie zur Tradition gehöre und vom kirchlichen Lehramt mehrmals dargestellt worden sei, „ergibt sich, daß diese Norm dem Gesamt der in den biblischen Quellen enthaltenden geoffenbarten Wahrheit entspricht“.

Am 7. September trifft der brasilianische Theologe Leonardo Boff in Rom mit einer Kommission der vatikanischen Glaubenskongregation zusammen. Es dürfte sich dabei um das von der Verfahrensordnung der Glaubenskongregation (Nr. 13) fakultativ vorgesehene Kolloquium im Rahmen eines laufenden Lehrbeanstandungsverfahrens handeln. Der Erzbischof von Fortaleza, Kardinal Aloisio Lorscheider, wird seinen Landsmann und Ordensbruder Boff nach Rom begleiten. Mit dem Werk von Leonardo Boff, einem der wichtigsten lateinamerikanischen Befreiungstheologen, hatte sich die Glaubenskongregation schon vor einigen Jahren einmal befaßt (vgl. HK, März 1980, 150). Damals war es aber nicht zu einer Verurteilung des Theologen gekommen, wohl nicht zuletzt aufgrund von Interventionen zu seinen Gunsten aus dem brasilianischen Episkopat. Im Mittelpunkt des jetzigen Verfahrens gegen Boff steht verschiedenen Berichten zufolge sein Buch „Kirche, Charisma und Macht“, das bisher nicht in deutscher Übersetzung vorliegt. Das Verfahren gegen den prominenten Vertreter der Befreiungstheologie muß auf dem Hintergrund der gegenwärtigen Auseinandersetzungen um diese neue Art theologischen Denkens in Lateinamerika und zwischen lateinamerikanischen Theologen und der Glaubenskongregation gesehen werden (vgl. HK, Juni 1984, 251–252). Dem Bruder Leonardo Boffs, dem an der Päpstlichen Universität Rio de Janeiro lehrenden Clodovis Boff, hat unlängst der Erzbischof von Rio de Janeiro, Kardinal Eugenio de Araujo Sales, die kirchliche Lehrerlaubnis entzogen. – In einer Erklärung der Missionszentrale der Franziskaner in Bonn zu dem Verfahren gegen Leonardo Boff heißt es, es gehe dabei nicht nur um das Buch „Kirche, Charisma und Macht“, sondern um die Theologie der Befreiung und um Millionen Menschen. Es gehe letztlich um die Frage, ob die Interessen der herrschenden Oberschicht in vielen Entwicklungsländern gegenüber den Lebensinteressen der Armen auch weiterhin die Oberhand behielten. „Wir kennen unseren Mitbruder Leonardo Boff so gut, daß wir an seiner persönlichen Integrität, seiner Kirchlichkeit und seiner Rechtgläubigkeit nicht den geringsten Zweifel haben.“ Ähnlich äußerte sich der österreichische Franziskanerprovinzial, P. Ulrich Zankella, ein Studienkollege Boffs, gegenüber Kathpress.

Ende Juli veröffentlichte der Rat der EKD eine Denkschrift über „Menschengerechte Stadt“. Sie ist eine Ausarbeitung der EKD-Kammer für soziale Ordnung und wird von dieser verantwortet. In der umfangreichen Schrift (erschieden in Buchform im Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, 178 S., 17,80 DM) werden nach einer längeren Kritik an städtebaulichen und siedlungspolitischen wie ökologischen Fehlentwicklungen *Kriterien* entwickelt, anhand deren die menschliche Lebensqualität in den Städten, vor allem in großen Ballungsräumen, verbessert bzw. wiederhergestellt werden soll. Als besonders wichtige werden angeführt: mitmenschliche Kommunikation, verstanden als direkte und wechselseitige, um die Isolierung des einzelnen zu beheben oder erträglicher zu machen; Geborgenheit, die dort erfahren werde, wo Überschaubarkeit herrsche; Teilhabe als Möglichkeit, „die Entwicklung und Gestaltung der sozialen und kulturellen Umwelt“ mitzutragen; Orientierung an den Schwächeren, womit vor allem jene Gruppen gemeint sind, die nicht im Erwerbsleben stehen; Einbindung in die Natur (Einbau von Gartenstrukturen und Stätten „schöpferischer Erholung“ in den Wohnbereich); sinnliche Erfahrbarkeit, womit in erster Linie die Auflockerung einer eintönigen und sinnenfeindlichen Architektur gemeint ist. Als schwieriger als die Formulierung der abstrakten Kriterien erweist sich deren *Konkretisierung* z. B. unter städtebaulichen Gesichtspunkten. Die Denkschrift stellt unter diesen Aspekt die Ausgestaltung des „Quartiers“ als Kernpunkt einer „offen gegliederten Stadt“ in den Mittelpunkt. Das Quartier soll wieder zum Kern überschaubarer Lebensverhältnisse werden. Dementsprechend wendet sich die Denkschrift mit teils plausiblen, teils fragwürdigen Argumenten gegen eine extreme Funktionalisierung der Stadt, wie sie sich in der spätindustriellen Gesellschaft abzeichnet. Sie will das Quartier wieder zu dem Lebensraum machen, in dem sich alle elementaren Vollzüge des Alltagslebens abspielen: Wohnen, Zur-Schule-Gehen, einkaufen, arbeiten etc. Dieses soll als Gegengewicht zur reinen Wohn- und Schlafstadt auch wieder die beschränkte Ansiedlung von Klein- und Mittelbetrieben mit geringer Wärme- und Schadstoffemission ermöglichen. Handwerksbetriebe bräuchten nicht aus den Wohnquartieren verdrängt zu werden und, so die Meinung der Denkschrift, auch größere Betriebe ließen sich in ein so verstandenes Stadtquartier integrieren.

Die Zahl der evangelischen Theologiestudenten in der Bundesrepublik hat sich im letzten Jahrzehnt verdreifacht. Das geht aus einer von der EKD vorgelegten Statistik hervor. Demnach studierten im Wintersemester 1982/83 in der Bundesrepublik insgesamt 12 057 Studenten Evangelische Theologie; im WS 1973/74 waren es dagegen nur 4011. Der Anteil der weiblichen Theologiestudenten erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 17,5% auf 35,1%. Während 1983 962 Kandidaten das erste theologische Examen vor einem der landeskirchlichen Prüfungsämter ablegten, waren es 1975 nur 292 gewesen. Auch hier stieg der Anteil der Frauen von 15,1% (1975) auf 33,8% (1983). Ordiniert wurden in den Gliedkirchen der EKD im Jahr 1983 insgesamt 578 Theologen, davon 156 Frauen. Von den am 1. Januar 1984 im Bereich der EKD tätigen Pfarrern im aktiven Dienst (16 302) waren 8,8% Frauen. Bei den im Gemeindedienst stehenden Pfarrern betrug der Frauenanteil 6,8%. Deutlich über dem EKD-Durchschnitt liegt der Anteil der Pfarrerinnen in den Landeskirchen Berlin-Brandenburg (13%), Baden (10,2%) und Hessen-Nassau (9,9%). Deutlich unter dem Durchschnitt liegen Bayern (3,3%) und Braunschweig (3,6%). Von den 13 674 Gemeindepfarrstellen in den Gliedkirchen der EKD waren am 1. Januar 1984 insgesamt 1645 (12%) nicht besetzt. Statistisch kamen Anfang 1984 im Ge-

samtdurchschnitt der EKD etwa 2120 Gemeindeglieder auf einen Gemeindepfarrer; 1964 waren es etwa 2540 Gemeindeglieder gewesen. Dieser Anstieg der Pfarrerdichte wird der Auswertung der Statistik im Amtsblatt der EKD zufolge (Statistische Beilage Nr. 75 zum Heft 7 vom 15. Juli 1984) durch den Rückgang der Gemeindeglieder und durch die seit 1981 steigende Zahl der Gemeindepfarrer verursacht.

Unter dem Thema „Osteuropa und Dritte Welt: Modelle für die Kirche von morgen?“ fand vom 2. bis 5. August der 34. Internationale Kongreß „Kirche in Not“ in Königstein statt. Der Limburger Weihbischof *Gerhard Pieschl*, Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für Flüchtlings- und Vertriebenenseelsorge, hob hervor, daß sich die Kirche „auf kein bestimmtes Gesellschafts- oder Staatsmodell festlegen“ könne. Zur Frage der Kompetenz der Kirche, in gesellschaftlichen und politischen Fragen Stellung zu beziehen, gab der Bischof zu bedenken, ob die Kirche „nicht an Glaubwürdigkeit“ verliere, „wenn sie mit dem Anspruch der geoffenbarten Wahrheit einseitig politische Programme“ sanktioniere, ohne daß dies von der Offenbarung her gedeckt sei. Der Münchener Politikwissenschaftler *Paul Roth* betonte in dem Zusammenhang, die Kirche habe immer dann an Glaubwürdigkeit verloren, wenn sie sich mit einer Macht verbündet habe. Die Kirche trete zwar für die Verteidigung und die Förderung der Menschenrechte ein. Doch in vielen Bereichen der Politik, der Gesellschaft, der Wirtschaft sei sie als Institution nicht kompetent, das „richtige“ Modell anzubieten. Über ein Rezept, die Zeitprobleme zu lösen, verfüge heute niemand, auch die Kirche nicht, weder die „Kirche von oben“ noch die „Kirche von unten“. Nicht einmal die Frage, ob der Christ in der Gesellschaft aufgehen oder sich ihr entgegenstellen solle, könne einfach beantwortet werden. Man müsse die Spannungen, in denen man lebe, aushalten. In Berichten zur Lage der Kirche in den Ländern des Ostblocks wurde insbesondere auf die neu entstandenen Basisgruppen und religiösen Bewegungen hingewiesen: *János Wildmann* (Luzern) ging auf die Auseinandersetzungen um die ungarischen Basisgruppen im Spannungsfeld zwischen dogmatisch-ekklesiologischen Interessen des Vatikans einerseits und kirchenpolitischen Interessen des ungarischen Episkopates andererseits ein, Prof. *Josef Rabas* (Rom) sprach über die Tschechoslowakei, Archimandrit *Lubomir Husar* (Rom) über die Ukraine, *Ernst-Alfred Jauch* (West-Berlin) über die DDR, *Wolfgang Grycz* (Königstein) über Polen, Prof. *Horst Glassel* (München) über Bulgarien, *Rudolf Grulich* (Königstein) über Jugoslawien. In einer Entschließung zum Abschluß der Tagung heißt es, daß christliche Basisgruppen in Osteuropa das Bedürfnis der Menschen bezeugten, den Glauben zu leben. Sie seien „Zeichen der Hoffnung für die Gesamtkirche“ und lehrten, daß Christi Kirche auch in extremen Situationen überdauere.

Großes Aufsehen erregte die Art, wie der Primas von Polen, Kardinal Józef Glemp, in einer Predigt zum Fest Mariä Himmelfahrt vor 200 000 Pilgern in Tschenstochau zur Frage einer deutschen Minderheit in Polen Stellung nahm. Er kritisierte das Staatsbürgerrecht der Bundesrepublik und verurteilte die Haltung jener Mitbürger, die jetzt noch unter Berufung auf ihre deutsche Herkunft in die Bundesrepublik übersiedeln wollen. Dabei nahm Glemp ausdrücklich die Familien von seiner Kritik aus, die im Rahmen der Familienzusammenführung das Land verlassen möchten. Es sei auch nicht zu vertreten, deutschsprachige Gottesdienste für Menschen einzurichten, die diese Sprache nicht einmal beherrschten. Wie der Sekretär der Deutschen Bischofs-

konferenz, Prälat *Wilhelm Schätzler*, während seines Polenaufenthaltes (17./18. 8. 1984) klarstellen konnte, soll aber die deutschsprachige Seelsorge in Polen unter seelsorgerischen Gesichtspunkten und Ausklammerung der nationalen Minderheitsproblematik „den Bedürfnissen entsprechend gut angepaßt und entwickelt werden“.

Warum bezog Glemp gerade jetzt einen solchen dezidierten nationalpolitischen Standpunkt zur Frage einer deutschen Minderheit in Polen? Ein Hauptmotiv mag der Versuch gewesen sein, der katholischen Kirche in Polen etwas von dem Druck zu nehmen, der in den letzten Monaten auf ihr lastete. Seit Frühjahr 1984 hatten sich die Beziehungen zwischen Kirche und Staat wieder verschlechtert. Das kirchliche Projekt für eine Modernisierung der polnischen Landwirtschaft ist immer noch nicht unter Dach und Fach. Seit Monaten läuft auch eine Pressekampagne gegen einen angeblichen neuen westdeutschen „Revanchismus“ und „Revisionismus“. Und just zu dieser Zeit feierte der Primas während des Katholikentages in München eine Messe zusammen mit den für die Vertriebenenseelsorge zuständigen apostolischen Visitatoren. Steht aber nicht die katholische Kirche als westlicher Hauptpartner hinter dem Landwirtschaftsprojekt? Wollten die polnischen Massenmedien mit ihrer jüngsten Kritik (*Eugeniusz Guz*: Die sieben Todsünden des Episkopats der BRD) an der katholischen Kirche in der Bundesrepublik nicht indirekt auch die polnische Kirche und das von ihr ausgearbeitete Landwirtschaftsprojekt treffen? Fühlte sich Kardinal Glemp bedrängt? Sein taktischer Schachzug war sicher unglücklich. Die faktische Bedeutung für die Zukunft muß aber nicht überbewertet werden, wenn er nur ein „Ausrutscher“ war und die hektische Aufgeregtheit in der Bundesrepublik sich gelegt hat. Der Brief, den Glemp Prälat Schätzler an Kardinal Höffner mitgab (vgl. Wortlaut in FAZ, 21. 8. 1984), räumt zwar noch nicht alle durch den Primas neu belebten Mißverständnisse aus dem Weg. Es könnte aber sein, daß gerade der „Ausrutscher“ die berechtigten Anliegen, soweit es an der Kirche liegt, einer Lösung näherbringt.

Bücher

BRUNO FORTE: *Jesus von Nazaret: Geschichte Gottes – Gott der Geschichte*. Matthias-Grünewald-Verlag, Mainz 1984. 316 S. DM 44,80.

Auch nach dem christologischen „Boom“ der sechziger und siebziger Jahre (man denke nur an die einschlägigen Arbeiten von Walter Kasper, Hans Küng, Edward Schillebeeckx, Jürgen Moltmann, Wolfhart Pannenberg) gibt es auf diesem für Theologie und Glauben zentralen Feld noch etwas Neues zu sagen: Die jetzt in deutscher Übersetzung vorliegende Christologie des jungen italienischen Theologen Bruno Forte ist dafür ein überzeugender und in vieler Hinsicht anregender Beleg. Forte kann sich auf die Ergebnisse der christologischen Neubesinnung der letzten Jahrzehnte stützen und macht von dieser Möglichkeit auch ausgiebig Gebrauch. Gleichzeitig versucht er einen eigenständigen methodischen Ansatz im Blick auf das Zentralproblem einer Christologie nach Aufklärung und Historismus, nämlich das Verhältnis von konkreter Geschichte Jesu und Christusbekenntnis der Kirche mit seiner Aufgipfelung im Dogma von Chalcedon. Er versucht den seit Lessing sprichwörtlichen „garstigen breiten Graben“ dadurch zu überbrücken, daß er die Geschichte

Kardinal Basil Hume, Erzbischof von Westminster und Vorsitzender der Bischofskonferenz von England und Wales, nahm Stellung zum Bericht der sogenannten Warnock-Kommission zu Fragen der künstlichen Befruchtung und Embryologie. Es handelt sich dabei um eine von der britischen Regierung vor zwei Jahren eingerichtete Arbeitsgruppe. Nach Ansicht Humes stehen einige der von der Kommission empfohlenen Praktiken in Konflikt mit zentralen Grundsätzen der katholischen Moralauffassung (vgl. *The Tablet* 28. 7. 84). Vor allem kritisierte Hume den Vorschlag der Kommission, für den Zeitraum der ersten vierzehn Tage einer Schwangerschaft die Durchführung von Experimenten an menschlichen Embryos zu erlauben. Hier müßten dieselben Grundsätze zur Anwendung kommen wie bei der Frage der Abtreibung, meinte Hume. Hier wie dort ginge es um das Recht auf Leben menschlicher Individuen. Katholiken würden zwar, so der Kardinal, die Sorge um die kinderlosen Ehepaare, die den neueren Entwicklungen zugrunde liege, anerkennen, jedoch müßten sie auch ihre moralischen Bedenken in Erinnerung rufen und betonen, daß sowohl die künstliche Befruchtung durch Spender als auch die künstliche Befruchtung außerhalb des Mutterleibs Praktiken darstellten, die die Familie eher schwächen würden, als daß sie sie stärkten. Hume begrüßte den Vorschlag der Kommission, eine Instanz zu schaffen und diese mit entsprechenden Befugnissen auszustatten, um so in die weitere Entwicklung in diesem Bereich regulierend eingreifen zu können und zu beobachten. Der Kardinal befürwortete zwar einige von der Kommission vorgeschlagenen Restriktionen im Bereich der künstlichen Befruchtung, wandte sich jedoch gegen den Vorschlag, daß Spender anonym bleiben sollten. Das Recht der Kinder auf volle Information über die Eltern müsse in diesem Zusammenhang Vorrang besitzen. Im übrigen kündigte Hume eine Stellungnahme zu den angeschnittenen Problemen seitens der Kommission der Bischofskonferenz für biologisch-ethische Fragen an. Die anglikanische Kirche hat sich für ihre Stellungnahme Bedenkzeit ausgeben. Die Methodisten nahmen den Bericht positiv auf.

Jesu als Geschichte des trinitarischen Gottes mit den Menschen auslegt. In Jesus Christus, so die Grundthese, „treffen nicht zwei symmetrische Naturen in einer einzigen Hypostase statisch zusammen, sondern verbinden sich zwei Seinsweisen, zwei total verschiedene, unvergleichbare Geschichten, deren beider Subjekt er ist, dynamisch in einem fruchtbaren Werden von Beziehungen“ (S. 177). Auch wenn an das Konzept Fortes und seine Durchführung im einzelnen sicher Fragen zu stellen wären: Er zeigt einen Weg, wie heute systematische Christologie getrieben werden kann, die weder den universalen Anspruch von Bekenntnis und es auslegendem Dogma unterbietet noch die Geschichte Jesu und die Geschichte der Christologie unkritisch wegschiebt. Ein weiterer Grundzug des Buchs ist noch zu nennen: Forte läßt deutlich werden, daß methodisch reflektiertes Nachdenken über Jesus Christus zwar unentbehrlich, aber längst nicht alles ist. „Während die Christologie des Wortes zu Ende geht, muß deshalb die Christologie des Schweigens und Lebens beginnen, die Erfahrung des befreienden Christus im Alltagsdasein der Menschen“ (S. 309). Forte gelingt so eine gute Verbindung von systematisch reflektierter und spirituell-engagierter Christologie.

U. R.